

II-3241 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1657/J

1988-02-25

A n f r a g e

der Abgeordneten Helmuth Stocker, Dr. Müller, Mag. Guggenberger und Genossen
an den
Bundesminister für Justiz
betreffend Klage von seiten des Bundespräsidenten.

Bundespräsident Dr. Waldheim hat in seiner Fernsehrede vom 15. Februar erklärt, daß Anschuldigungen, die sein Glaubwürdigkeit in Zweifel stellen, unbegründet sind und daß er sich diesbezüglichen Vorwürfen in Hinkunft widersetzen und "Unzumutbarem mit aller Entschiedenheit entgegentreten werde."

Einen Tag nach dieser Erklärung hat die Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Salzburg unter der Überschrift "Lügner darf nicht länger Präsidentschaftskandidat sein", über die APA folgende Erklärung veröffentlicht:

"Sie haben in den vergangenen Jahren Ihre Tätigkeit und Ihr Wissen in der Wehrmacht des NS-Deutschland verschwiegen und verarmlost". Ein Lügner dürfe jedoch nicht länger in der Präsidentschaftskanzlei residieren, heißt es in einem offenen Brief am Dienstag von der ÖH-Salzburg an Waldheim, worin der Bundespräsident zum Rücktritt aufgefordert wurde. "Falls Sie diesen Schritt nicht setzen sollten, wird die Hochschülerschaft an der Universität Salzburg ihre Berechtigung, das österreichische Bundeswappen zu führen, unter öffentlichem Protest zurückweisen. Weitere Maßnahmen gegen das lügende Staatsoberhaupt der demokratischen Republik Österreich und sein uneinsichtiges Verbleiben in der Hofburg werden folgen", stellte die ÖH-Salzburg fest.

Die ÖH-Salzburg weiter:

"Sie haben eine internationale Historikerkommission bestellt,

- 2 -

um Ihre Vergangenheit aufzuhellen. Gleichzeitig wagen Sie es, beinahe alle Medien dieses Landes und jene Österreicher, die Sie nicht gewählt haben, als "Verleumder" zu beleidigen. "Der Präsident igelt sich ein", ist die einhellige Meinung des In- und Auslandes. Sie haben in Ihrer gestrigen Fernsehansprache diesen Eindruck bestätigt, indem Sie sich als für sechs Jahre "unwiderruflich" gewählt erklärt haben. Wir fordern Sie auf, Ihre Angriffe gegen aufrichtige, kritische Demokraten zurückzunehmen, die in der Verfassung verankerte Freiheit der Wissenschaft öffentlich zu garantieren und sich damit gegenüber den von Ihnen angegriffenen Historikern zu entschuldigen", heißt es in dem Brief.

Wenn der Bundespräsident die in seiner Fernseherklärung gemachte Ankündigung verwirklicht, dann müßte er auf solche Äußerungen klagen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e

Sind vom Bundespräsidenten rechtliche Schritte dagegen unternommen worden, daß er in einer von der APA verbreiteten Erklärung als "das lügende Staatsoberhaupt der demokratischen Republik Österreich" bezeichnet wurde ?

Wenn ja, um welche Schritte hat es sich dabei gehandelt ?